

Ihr Blick bleibt skeptisch, auch wenn sich der Fotograf bemüht hat, die junge Schweißerin im VEB Warnowwerft Rostock als Vorbild zu inszenieren (Aufnahme um 1965).



Frauen waren in der DDR Traktoristinnen und Schweißerinnen, doch Gleichberechtigung blieb ein unerfülltes Versprechen.

Heldin der Arbeit

Von KATHARINA SPERBER

In der Freitagsausgabe stellt das „Neue Deutschland“ am 11. September 1953 die erste Lehrschweizerin des Landes vor: Irene Weiß, eine junge Umsiedlerin aus Neubrandenburg, so berichtet der Volkskorrespondent des ND aus Wismar, habe im Krieg den Vater verloren, und so stehe die sechsköpfige Familie ohne Ernährer da. Noch im selben Jahr bringt die Parteizeitung eine Reportage über den ersten weiblichen Steuermann in Deutschland.

Walter Ulbricht, als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED der mächtigste Mann der frühen DDR, hat den Weg vorgegeben, seine Parole lautet: „Wir können den Sozialismus nicht nur mit Friseurinnen aufbauen.“

Der DDR fehlten immer Arbeitskräfte, zu Beginn vor allem die männlichen, denn viele Männer waren im Krieg umgekommen oder befanden sich noch in Gefangenschaft. Der große Bruder Sowjetunion zeigte, wie es geht: Dort arbeiteten Frauen verstärkt seit der Revolution von 1917 in der Produktion, im Straßen- und Gleisbau und auf den Kolchosen.

So bemüht sich auch die SED, Frauen für traditionelle Männerberufe zu qualifizieren. Seit 1950 werden immer wieder Frauen als „Helden der Arbeit“ ausgezeichnet. 1954 ist es Frida Hockauf: Im September 1953 hatte sich die Weberin im VEB* Mechanische Weberei Zittau, einem der größten Betriebe dieser Art in der DDR, verpflichtet, bis zum Jahresende 45 laufende Meter Stoff über ihr Plansoll hinaus zu produzieren.

In einigen Teilen der Bevölkerung aber gilt sie wegen ihrer freiwilligen Leistungssteigerung als „Arbeiterverräterin“. Nur wenige Monate zuvor hatten die Beschäftigten des Arbeiter- und Bauern-Staates gegen die erdrückend hohen Arbeitsnormen demonstriert. Ihr Aufstand wurde mit sowjetischer Hilfe brutal niedergeschlagen. Frida Hockauf dagegen rückt bald in die Volkshalle auf.

* Volkseigener Betrieb.



Die Karrierechancen für Frauen sind in der DDR ähnlich eingeschränkt wie im Westen, obwohl sie auch in traditionellen Männerberufen arbeiten.

Und doch wirkt das staatliche Ideologiediktat. Die Berufstätigkeit von Frauen nimmt kontinuierlich zu, auch als die Männer aus der Gefangenschaft zurückkehren. Anders als im Westen lassen sich die Frauen hier nicht in die Küche zurückdrängen. Außerdem werden sie weiterhin gebraucht, denn viele Arbeitskräfte verlassen die DDR in Richtung Westen, vor allem vor dem Mauerbau. Aber auch danach fliehen sie noch oder beantragen die Ausreise; bis zum Ende der sozialistischen Republik 1989 sind es über vier Millionen Kinder, Frauen und Männer. Zu viele Werktätige sind fortwährend mit der Instandhaltung maroder Anlagen beschäftigt. Liegt die Investitionsrate 1975 noch bei 29 Prozent, sinkt sie bis 1989 auf 18 Prozent.

Schon 1950 sind in der DDR rund 45 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig, im Wendejahr 1989 schließlich sogar rund 83 Prozent. In der Bundesrepublik steigt die Frauen-Erwerbstätigenquote von 47 Prozent im Jahr 1960 nur auf 54 Prozent im Jahr 1990. Bis heute besteht der kleine Unterschied: Eine neuere Studie der Bertelsmann Stiftung belegt, dass knapp 25 Jahre nach dem Fall der Mauer im Osten noch immer deutlich mehr Frauen berufstätig sind als im Westen. In den neuen Bundesländern beträgt die Quote berufstätiger Frauen rund 58 Prozent, der Westen kommt auf rund 51 Prozent.

Aber Statistik kann täuschen. Denn „ungeachtet der berühmten Traktoristinnen und Ingenieurinnen arbeitete das Gros der DDR-Frauen auch in typischen Frauensparten, im Angestelltensektor und in traditionell weiblich dominierten Branchen der Industrie“, sagt die Historikerin Gunilla Budde.

Auch in der DDR stoßen Frauen, die Chefesssel erklimmen wol-



Jüngere Frauen betrachten die offiziellen Errungenschaften der DDR-Sozialpolitik mit wachsender Distanz und verspotten sie als „Mutti-Politik“.

4 weiblich: Elisabeth Zaisser, Margot Honecker, Helga Labs, alle Ministerinnen für Volksbildung, sowie Justizministerin Hilde Benjamin. Im gleichen Zeitraum regieren in der Bundesrepublik immerhin elf Ministerinnen.

Dennoch brüstet sich die männlich dominierte DDR-Führung mit der Mobilisierung des weiblichen Teils der Bevölke-

Ulbricht sieht sich gezwungen, seinen Gefolgsleuten Nachhilfe zu erteilen. Auf dem VI. Parteitag der SED 1963 in Berlin sagt er: „Das Glück besteht eben nicht mehr darin, dass einem bei der Heimkehr von der Arbeit die Filzpantoffeln entgegengebracht werden. (Heiterkeit). Das ist übrigens auch nicht mehr Mode, liebe Genossen. Schließlich haben sich die Frauen schon so weit entwickelt, dass sie euch etwas husten würden, wenn ihr das von ihnen verlangt. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall).“

Wenig zu lachen haben die Frauen aber meist im Alltag. Auf dem Papier verfügen sie über gleiche Rechte. Artikel 7 der DDR-Verfassung vom 7. Oktober 1949 konstatiert: „Mann und Frau sind gleichberechtigt. Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben.“ Artikel 18 geht noch weiter: „Mann und Frau haben bei gleicher Arbeit das Recht auf gleichen Lohn.“ Die Förderung der Frau besonders in der beruflichen Qualifizierung, heißt es in der Verfassung von 1968, sei „eine gesellschaftliche und staatliche Aufgabe“.

In der Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus lasten auf den Frauen mehrfache Pflichten: Beruf, Kinder, Haushalt. Und das in einer Mangelwirtschaft. Allein Lebensmittel zu beschaffen bedeutet oft, sich Stunden in „sozialistische Wartegemeinschaften“ einzureihen. Vor Obst- und Gemüseläden bilden sich lange Schlangen, wenn es Ba-

len, an die berühmte gläserne Decke. Nicht nur in der volkseigenen Wirtschaft, sondern auch in den obersten Etagen des Partei- und Staatsapparats bleiben sie stets stark unterrepräsentiert. Ihr Anteil an mittleren politischen Positionen ist relativ hoch, beispielsweise in weniger einflussreichen Parlamenten der DDR, in denen auch der Demokratische Frauenbund Deutschlands eigene Fraktionen hat. Doch in den inneren Machtzirkel, das Politbüro der SED, dringt keine einzige Frau als Vollmitglied vor. Nur ganz wenige werden als Kandidatinnen nominiert, wie Edith Baumann, die zweite Ehefrau Erich Honeckers.

Von den mehr als 130 Ministern, die es zwischen 1949 und 1989 gibt, sind nur

zwei. Bereits am 7. März 1954, am Vorabend des Internationalen Frauentags, lobt Ulbricht im „Neuen Deutschland“ „die bei uns verwirklichte völlige Befreiung der Frau“.

Aber nicht alle Genossen reden sich die Realität so schön wie der Erste Sekretär des ZK. Die kleinbürgerlichen Rollenbilder der Geschlechter überleben zäh auch im Sozialismus. Ein Autor plädiert 1954 in der SED-Zeitschrift „Neuer Weg“ dafür, dass „wir Genossen bei uns zu Hause anfangen, denn benehmen sich nicht noch viele Genossen wie Paschas? Behandeln sie ihre Frau, die doch meist ebenfalls berufstätig ist, nicht zuweilen wie Dienstmädchen?“

nanen und Orangen gibt, oder vor Metzgergeschäften, wenn Schinkenspeck und Rouladen geliefert werden.

In der Provinz sieht es noch schlechter aus als in Berlin, der Hauptstadt der DDR, die das „Schaufenster der Republik“ sein soll. Bereits im Juli 1953 moniert die SED-Zeitschrift „Neuer Weg“, es sei „verständlich, dass die Frauen ‚böse‘ werden, wenn sie nach Arbeitsschluss im Betriebskonsum stundenlang nach Obst und Gemüse anstehen müssen“.

Schon die Kleinsten lernen in einem Kinderlied, wie sie ihre Mütter entlasten können: „Wenn Mutti früh zur Arbeit geht, dann bleibe ich zu Haus. Ich binde eine Schürze um und feg die Stube aus. Das Essen kochen kann ich nicht, dafür bin ich zu klein. Doch Staub hab ich schon oft gewischt. Wie wird sich Mutti freu’n!“

Vollbeschäftigung bedeutet bis 1965, an sechs Tagen in der Woche arbeiten, danach an fünf Tagen knapp 44 Stunden – oft in zwei oder drei Schichten. „Das Recht auf Arbeit wurde durch die Pflicht zur Arbeit ergänzt“, erläutert Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. „Entsprechende Paragraphen im Strafgesetzbuch, die als Asozialen-beziehungsweise Arbeitsscheuen-Paragraphen formuliert waren, sahen mehrjährige Haftstrafen für Männer und Frauen vor, die sich der Arbeitspflicht entzogen. Insbesondere in den Fünfziger- und Sechzigerjahren, aber nicht nur da, wurden Frauen, die sich dafür entschieden hatten, sich als Hausfrau um Heim und Kinder zu kümmern, als rückständige Heimchen am Herd beschrieben, die, so die offizielle Lesart, ein Faulenzerleben führen wollten und Schmarotzerinnen seien.“

Die Staatsführung versucht mit Sozialgesetzen die Situation der berufstätigen Frauen zu entspannen. Bereits ab 1952 gibt es monatlich einen vom Betrieb bezahlten Hausarbeitstag für vollbeschäftigte Frauen mit Kindern unter 18 Jahren. Besonders in die Kinderbetreuung wird investiert, schließlich hofft die Partei, damit ließe sich die „allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit“ besser erziehen.

Kinderkrippen und -gärten sowie Schulhorte sind für die Familien in der Regel kostenlos. Passend zu den Arbeitszeiten sind sie von 6 bis mindestens 18 Uhr geöffnet. Ende der Achtzigerjahre haben 56 Prozent der unter Dreijährigen

und 93 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen einen Betreuungsplatz. In der Bundesrepublik betragen die entsprechenden Quoten dagegen nur 1,5 Prozent für Krippenkinder und 69 Prozent für Kindergartenkinder.

Die Qualität der Betreuung in der DDR ist umstritten. Die einen rügen den „Töpfchen-Terror“, die anderen loben die kollektive Erziehung.

Trotz der quantitativ guten Versorgung durch Kinderbetreuung sinkt die Geburtenrate. Seit 1969 sterben in Ostdeutschland jedes Jahr mehr Menschen als geboren werden. Außerdem steigt die Scheidungsrate – zum Ende der DDR stehen 131 000 Eheschließungen 50 000 Scheidungen gegenüber.

Neue sozialpolitische Instrumente sollen den Geburtenrückgang abschwächen. Ab 1972 zahlt der Staat bei Geburt jedes Kindes 1000 Mark Beihilfe. Zur Eheschließung erhalten Paare, die jünger als 26 Jahre sind und zum ersten Mal heiraten, bis zu 5000 Mark Kredit, später sogar 7000 Mark. Das zinslose Darlehen können sie „abkindern“. Mit jedem Kind reduziert sich die Tilgungssumme, mit dem dritten Kind ist der Kredit abbezahlt. Ab 1976 bekommen Frauen – zunächst ab dem zweiten, ab 1986 ab dem ersten Kind – ein bezahltes „Babyjahr“, in dem sie nicht erwerbstätig sein müssen.

Doch je älter die DDR wird, umso größer wird das weibliche Unbehagen. Junge Frauen verspotten die vermeintlichen sozialen Segnungen als „Mutti-Politik“. Sie wollen sich nicht mehr instrumentalisieren lassen als gebärfreudige Arbeitsbienen. Die Bindekräfte des Kollektivs schwinden. Die DDR-Bürger entdecken ihre Individualität, die im sozialistischen Gesellschaftsmodell negativ besetzt ist.

Die Schriftstellerin Maxie Wander schreibt im Vorwort ihres 1977 erschie-

nen Buches mit Interviewprotokollen, „Guten Morgen, du Schöne“: „Offensichtlich geworden ist das Bedürfnis der Frauen nach Selbstverwirklichung. Noch zweifeln und scheitern viele am ‚Druck des Herkommens‘, an den bestehenden Normen, die wir zu wenig infrage stellen. Eine Frau hat mir gesagt: ‚Wenn ich dauernd gehindert werde, vom vorgeschriebenen Weg abzuweichen, im Elternhaus, in der Schule, im Beruf, in der Politik, sogar in der Liebe, dann macht mich das böse und treibt mich in den Traum zurück. Ich beginne die Wirklichkeit zu hassen und mich selber auch, weil ich so ein lahmer Frosch bin.‘“

Die DDR-Frauen waren „gewöhnt, das heißt dazu erzogen, ihre Belange der größeren Sache unterzuordnen“, schreibt die feministische DDR-Autorin Irmtraud Morgner. „Emanzipation der Frau: Nebenwiderspruch, hat man ihnen lange gesagt.“ Morgner erobert mit ihrem Roman „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz“ 1976 die westdeutschen Buchläden und schafft es an die Spitze der SPIEGEL-Bestsellerliste. Offiziell gilt natürlich weiterhin das Diktum, mit dem Aufbau des Sozialismus erledige sich die Frauenfrage von selbst.

Feministische Literatur aus dem Westen wie die Bücher der französischen Autorin Simone de Beauvoir gibt es in der DDR nur unter der Hand. Geschlechtergerechte Sprache ist kein gesellschaftliches Prinzip. Werden ostdeutsche Frauen gefragt, welchen Beruf sie ausüben, antworten die meisten bis heute: Ich bin Lehrer, Arzt oder Ingenieur. Dennoch sind sie dank ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Anerkennung im Beruf stark und selbstbewusst.

Über Massenorganisationen wie den Demokratischen Frauenbund Deutschlands, in dem alle Schlüsselpositionen mit SED-Funktionärinnen besetzt sind, lachen die jungen Frauen nur noch. 1980 gründet die Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe den ersten unabhängigen Kinderladen in Ostberlin. Die Luftballons, die die Westberliner „Frauen für den Frieden“ Anfang der Achtzigerjahre in den Himmel steigen lassen, sind auch jenseits des Eisernen Vorhangs zu sehen.

1982 rufen Bärbel Bohley, Katja Havemann, Ulrike Poppe und andere eine Initiative „Frauen für den Frieden“ ins Leben. Aus ihr erwachsen mehr als 40 autonome Frauen-Friedensgruppen. Sie tragen mit dazu bei, dass es im Herbst 1989 zur Wende kommt. ■

